



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Zuge der Reformdebatte bezüglich der weiteren Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2020 für eine Begrenzung der Direktzahlungen einzusetzen.

Begründung:

Der jüngste Vorschlag des EU-Kommissars für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Phil Hogan zur Begrenzung der Direktzahlungen ab 60.000 Euro zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zu Recht kritisiert der EU-Kommissar, dass aktuell 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Mittel erhalten, was insbesondere im Hinblick auf die Gefahr der Verringerung des EU-Agrarhaushalts nicht tragbar ist.